

31.07.2012

## Kleine Anfrage 302

des Abgeordneten Gregor Golland CDU

### Geplante Kooperationsvereinbarung von Schule und Bundeswehr

2008 haben die damalige Ministerin für Schule und Weiterbildung Barbara Sommer und Bernd Diepenhorst, Generalmajor der Bundeswehr, eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr geschlossen.

In dieser Kooperationsvereinbarung ging es darum, Schülerinnen und Schüler in sicherheitspolitischen Fragestellungen aufzuklären. Zudem wurden Jugendoffiziere in die Ausbildung von Lehramtsanwärtern eingebunden. Lehrerinnen und Lehrer hatten fortan die Möglichkeit, an Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr teilzunehmen, um sodann im schulischen Kontext die Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente zu informieren. Diese Vorhaben wurden durch Gespräche und Protokolle gefestigt. Ähnliche Vereinbarungen gibt es in anderen Bundesländern.

Nun plant die GEW offenbar gegen die Kooperation massiv vorzugehen. Der Aufruf zu Protesten gegen die Kooperation beinhaltet viele Behauptungen, die nicht der Realität entsprechen und zum Teil geschmacklos sind.

Obwohl bspw. unmissverständlich vereinbart ist, dass Jugendoffiziere nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr werben, verkündet die GEW nun, dass „regelmäßig und immer häufiger in Schulen, um Jugendliche offensiv für den Dienst an der Waffe“ geworben wird.

Zur Protestwoche im September empfiehlt die Gewerkschaft Schülern:

„Sich vor dem Eingang der Schule oder Bildungsmesse auf den Boden legen und den Körper mit weißen „blutgetränkten“ Leintüchern bedecken und selbst gebastelte Grabsteine (z.B. aus Styropor) daneben aufstellen.“

„Einige Personen haben Militärkleidung an und sind einige Meter voneinander entfernt. Plötzlich ertönt lautes Militärgeräusch aus einem Lautsprecher und die „SoldatInnen“ fangen an mit gebastelten Waffen um sich zu schießen. Dann fallen zeitgleich verstreut als Passanten getarnte Leute um und sind z.B.: mit Ketchup Blutverschmiert“

Datum des Originals: 26.07.2012/Ausgegeben: 31.07.2012

Durch solche Aufrufe ist die politische Neutralität im Unterricht nicht mehr gewährleistet. Statt dessen werden Schülerinnen und Schüler massiv beeinflusst und bekommen ein völlig falsches Bild der Aufgabe unserer Streitkräfte vermittelt.

Die Landesregierung scheint jedoch das Anliegen der GEW zu unterstützen und möchte laut Medienberichten die Kooperationsvereinbarung ändern.

**Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:**

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Protestaktion der GEW?
2. Wie positioniert sich die Landesregierung zur Intention der GEW die Bundeswehr ausschließlich mit Tod, Blut, Grabsteinen, wildem Herumballern, usw. in Verbindung zu bringen?
3. Stimmt die Landesregierung der These zu, dass die Wahrung und Sicherstellung des Friedens in Deutschland durch die Bundeswehr garantiert wird?
4. Wird die Landesregierung die Protestaktion unterbinden?
5. Welche konkreten Änderungen in der bestehenden Kooperationsvereinbarung plant die Landesregierung?

Gregor Golland